

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



Gedenkveranstaltung

anlässlich des 70. Jahrestages

des

Einmarsches deutscher Truppen in Österreich

Mittwoch, 12. März 2008

Historischer Sitzungssaal

11 Uhr – 12.18 Uhr

Die Gedenkveranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages des Einmarsches deutscher Truppen in Österreich am 12. März 1938 findet im Historischen Sitzungssaal des Parlaments statt. An der Stirnseite des Saales nehmen die Präsidenten des Nationalrates, der Präsident und der Vizepräsident des Bundesrates sowie die Mitglieder der Bundesregierung Platz. In den vordersten Plätzen des Halbrunds sitzen die Klubobleute sowie zahlreiche Ehrengäste. In den Bankreihen dahinter sitzen Abgeordnete zum Nationalrat, Mitglieder des Bundesrates, ehemalige Mitglieder der beiden parlamentarischen Kammern sowie Vertreter der Opfer des NS-Regimes. In den Balkonlogen haben sich weitere geladene Gäste eingefunden.

Die Galerie ist mit Repräsentanten des öffentlichen Lebens und zahlreichen weiteren Besuchern besetzt.

Beginn der Gedenksitzung: 11 Uhr

Das Streichtrio des Klangforum Wien leitet die Gedenkveranstaltung mit Auszügen aus Erich Itor Kahns „Leichter Nachtmusik“ ein.

Ansprache der Präsidentin des Nationalrates der Republik Österreich

Präsidentin des Nationalrates Mag. Barbara Prammer: Sehr geehrte Damen und Herren! Heute ist es 70 Jahre her, dass deutsche Truppen in Österreich einmarschiert sind und dass die Nationalsozialisten endgültig die Macht von oben, also in der Regierung und in den Ländern, und von unten, auf der Straße, in den Gemeinden und Betrieben übernommen haben. So gehört der 12. März 1938 zu den entscheidenden Brüchen unserer Geschichte. Er ist einer der zentralen Bezugspunkte der Auseinandersetzungen um ein Selbstverständnis und die Verfasstheit der Zweiten Republik.

Der Nationalrat und der Bundesrat sind zu einer Gedenkveranstaltung zusammengekommen, zu der ich den Herrn Bundespräsidenten und seine Gattin sehr herzlich begrüße. (*Beifall.*)

Ich begrüße den Herrn Bundeskanzler, den Herrn Vizekanzler sowie die Mitglieder der Bundesregierung, die Frau Kommissarin Dr. Benita Ferrero-Waldner und die Vertreterinnen und Vertreter des Diplomatischen Corps – unter ihnen die Botschafter von Mexiko und Israel. Ich begrüße die Vertreter der Kirchen und Religionsgemeinschaften und der Israelitischen Kultusgemeinden. Ich begrüße den Herrn Rechnungshofpräsidenten, die Damen und Herren VolksanwältInnen, die Landeshauptleute und die Vertreterinnen und Vertreter der Länder, der Höchstgerichte, der Universitäten und der Wissenschaft.

Ich begrüße in hoher Wertschätzung die Vertreterinnen und Vertreter der Lagergemeinschaften, der NS-Verfolgten und des Widerstandes, und ich begrüße Sie alle, meine Damen und Herren hier im Saal und vor den Fernsehgeräten.

Der 12. März 1938 ist mit vielen Bildern, Eindrücken und Fragen verbunden. Es sind zunächst und vor allem Bilder des Jubels, wo kein verzagtes Gesicht zu sehen ist, wo der Eindruck entsteht, ganz Österreich wäre auf der Straße gewesen.

Und es sind die Bilder der Demütigung, des „Begräbnisses aller menschlichen Würde“, wie es der Schriftsteller Carl Zuckmayer nannte. Die Gewalttätigkeiten, die öffentlichen Schauspiele der Erniedrigung von Jüdinnen und Juden hatten begonnen, bevor die Wehrmacht die Grenze überschritten hatte. Sogenannte wilde Arisierungen setzten ein. Wild genannt, da nicht vom nationalsozialistischen Regime, sondern selbsttätig von Bürgerinnen und Bürgern organisiert.

Die Verfolgung in Österreich und vor allem in Wien ging über das im nationalsozialistischen Deutschland bisher Gekannte hinaus. Die öffentliche Demütigung war krasser, die

Enteignung besser organisiert, die Zwangsemigration rascher. Diese Wochen wurden in vieler Hinsicht zum Modell dafür, was machbar ist, wozu Menschen fähig sind.

Sehr geehrte Damen und Herren! Im Zuge des sogenannten Anschlusses wurde ein Terror ungeahnten Ausmaßes entfaltet. Viele, die sich bis zum März 1938 gegen den Nationalsozialismus engagierten, wurden verhaftet, in Gefängnisse und provisorische Sammellager gebracht. Der erste Transport nach Dachau fand bereits am 1. April 1938 statt. Jüdinnen und Juden sowie Gegnerinnen und Gegner des Nationalsozialismus wurden verschleppt, unter ihnen der Kultusgemeinde-Präsident Desider Friedmann und Robert Danneberg, beide später in Auschwitz ermordet.

In diesen Märztagen 1938 sind viele Entwicklungen zusammengelaufen: außenpolitische, innenpolitische, wirtschaftliche. Insbesondere die österreichische Ausprägung des Antisemitismus sicherte dem nationalsozialistischen Regime Zustimmung und Loyalität vieler.

Die Fragen danach, wie das alles geschehen konnte, warum so viele mitgemacht haben, warum so viele es hingenommen haben, wurden oft erst von nachfolgenden Generationen gestellt. Denn nach 1945 sahen sich viele, auch ehemalige NSDAP-Parteigänger, selbst als Opfer wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und persönlicher Zwänge.

Auch durch internationale Entwicklungen begünstigt, wurde eine Fiktion der Geschichte geschaffen; Österreich oftmals nur als eine Nation der Opfer dargestellt. Die Vermeidung der Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und die Abwehr von Schuld wurden dadurch erleichtert. So blieben oft antisemitische sowie autoritäre Haltungen unhinterfragt und unwidersprochen bestehen.

Wenige Überlebende der Konzentrationslager, die nach Österreich zurückkehrten, wurden freundlich empfangen. Die Rückgabe enteigneten Vermögens wurde verweigert, sah man sich doch selbst als Opfer einer „ausländischen Tyrannei“. Die Zurückgekehrten störten dieses Selbstbild.

„Die, die uns wiedersahen, empfanden keine Freude“ erinnerte sich die im Juni 1945 nach Wien zurückgekehrte Gertrude S.

Sehr geehrte Damen und Herren! In den vergangenen Jahrzehnten hat die wissenschaftliche und oft auch die persönliche Auseinandersetzung mit dem „Anschluß“ an Tiefe und Breite gewonnen. Eine Auseinandersetzung mit all dem, was dorthin geführt hat, und all dem, was danach gekommen ist. Die österreichische und internationale Zeitgeschichtsforschung hat in sehr engagierter Weise zu einer differenzierten und sachlichen Darstellung der Ereignisse gefunden, und sie erfüllt damit auch eine wichtige demokratiepolitische Funktion.

70 Jahre sind eine lange Zeit. Heute wird in Zeitungen, Fernsehen und Büchern anders über den „Anschluß“ gesprochen als noch 1988. Vieles davon kann zurückgeführt werden auf Debatten vergangener Jahrzehnte und auf internationales Einfordern von Verantwortungsübernahme, vieles davon auf die Bildungsarbeit der Zeitgeschichte und das Engagement von Einzelnen sowie Gruppen, insbesondere der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen.

Mit der Einrichtung des Nationalfonds der Republik Österreich 1995 erhielten viele Opfer des Nationalsozialismus eine erste späte Anerkennung für das Unrecht, das sie so viele Jahre zuvor erlitten hatten. So wurde offiziell und unumkehrbar institutionalisiert, was über lange Jahre verdrängt und verschwiegen werden sollte, nämlich die Mitverantwortung von

Österreicherinnen und Österreichern für die Verbrechen während der NS-Herrschaft. Durch diese Erkenntnis wird der Mut jener, die Widerstand geleistet haben, noch deutlicher sichtbar.

Sehr geehrte Damen und Herren! Häufig war und ist noch immer davon zu hören, ein Schlusstrich müsse nun endlich gezogen werden, es müsse endlich Schluss sein mit dem Starren auf die Vergangenheit.

Ich denke, dass es im Hinblick auf die Befassung mit und die Auswirkungen von Geschichte nicht möglich ist, einen „Schlusstrich“ zu ziehen, dass es diesen nicht geben kann – und nicht geben darf. Gerade in der Auseinandersetzung mit 1938 kann es auch nicht nur um eine historische Aufarbeitung gehen, denn die Auswirkungen der Jahre 1938 bis 1945 reichen vielfach in die Gegenwart hinein.

Vor Kurzem hat der Historiker Univ.-Prof. Rathkolb festgestellt: „Nur wer autoritäre Entwicklungen rechtzeitig erkennt, wird den Gefahren der Gegenwart und Zukunft auch mit demokratisch legitimierten Mitteln entgegentreten.“

Zwar sei das autoritäre Potential seit 1978 deutlich gesunken und die Bereitschaft, neuen Führern zu folgen, noch eher gering, doch könnten sich bereits 20 Prozent der 14- bis 24-Jährigen durchaus einen „starken Mann“ vorstellen.

„Grundsätzliche Parteien- und Politiker-Verdrossenheit kann aber vor allem vor dem Hintergrund sozio-ökonomischer Krisen rasch in eine breite Demokratieverdrossenheit umschlagen,“ schloss Univ.-Prof. Rathkolb.

Darüber sollten wir uns im Klaren sein, wenn das Parlament als nutzlos verschrien wird, wenn Parlamentarierinnen und Parlamentarier als untätig verunglimpft werden. Daran sollten wir denken, wenn die Möglichkeit zu Debatten und zum Gespräch beschnitten, wenn dem Ringen um Konsens und Widerspruch kein Raum gegeben werden soll.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Menschen, die den 12. März 1938 bewusst erlebt haben, werden immer weniger. Universitäten, Schulen, Museen und viele engagierte Menschen versuchen aber, die Erinnerung wachzuhalten und das Wissen über das, was geschehen ist, zu fördern und zu vertiefen. Die Gedenktage 2008, die auf vielfältige Weise mit der Republik als Idee und ihrer Geschichte verbunden sind, stellen auch eine Chance für uns Politikerinnen und Politiker dar.

Wir sollten dieses Jahr nutzen, um uns unserer Rolle und Verantwortung im Hinblick auf den Umgang mit Geschichte bewusst zu werden. Wir sollen die Befassung damit nicht an Expertinnen und Experten auslagern, sondern wir haben die große Chance, um Verständnis, Bewahrung und Weiterentwicklung von Demokratie, Grundrechten und sozialer Gerechtigkeit zu werben, auf dass sich Entwicklungen wie die – hin zum März 1938 – nie mehr wiederholen. – Danke. *(Beifall.)*

Ansprache des Präsidenten des Bundesrates der Republik Österreich

Präsident des Bundesrates Helmut Kritzinger: Meine Damen und Herren! Herr Bundespräsident! Frau Margit Fischer! Hochgeschätzte Anwesende! Die Zahl der Menschen, die die Ereignisse der Märztag 1938 bewusst miterlebt, mitgemacht, mitgelitten haben, ist klein geworden. Ich bin einer der ganz wenigen noch aktiven Politiker, die ob ihres Alters eine Verbindung zu dieser Generation aufweisen. Viele, die ich in meiner politischen

Tätigkeit kennengelernt habe, viele, die mir Begleiter und Vorbilder geworden sind, waren durch die Ereignisse und Erfahrungen des Jahres 1938 geprägt.

Ich war im März 1938 ein Kind von nicht einmal zehn Jahren im Südtiroler Sarntal. Und es sind daher die Erinnerungen eines Kindes und die Erinnerungen gleichsam von außen, die mir zuerst kommen. Es sind Erinnerungen an die Berichte über den Jubel in Wien, und es sind Erinnerungen über die Freude vieler darüber in Südtirol: Obwohl doch die Politik Hitlers gegenüber meiner Heimat unklar war, wollten es so viele nicht wahrhaben und sahen allein im Dritten Reich die Rettung aus der Bedrängung durch den Faschismus. Aber mir ist auch die Hartnäckigkeit und die Kritik gegenüber Faschismus und Nationalsozialismus bei den Gruppen und mutigen Dorfpfarrern und Mesnern, aber auch beim Andreas-Hofer-Bund in Erinnerung.

Wenn ich mir das in Erinnerung rufe, wenn ich die Bilder von damals sehe, dann frage ich mich oft: Was haben die Menschen damals gewusst? – Ich erinnere mich daran, wie man sich bei uns im Dorf geärgert hat, als Hitler mit dem Zug zu Mussolini gefahren ist und auf der Strecke durch Südtirol die Fenster des Waggons verhängen blieben, damit er sich nicht zeigen musste. Keiner hat daran gedacht, dass auch die Südtiroler verraten und betrogen wurden.

Das aber, was der 12. März 1938 in Österreich bedeutet, habe ich erst später erfahren. Sicher: Mir waren die Ereignisse bekannt, und ich habe nicht ohne Erschütterung darüber, wie plötzlich und wie gewaltvoll vieles abgelaufen ist, davon gehört und gelesen. Erst in Österreich ist mir aber bewusst geworden, was diese Ereignisse gerade auch für meine Generation bedeutet haben und was sie bewirkten.

Ich musste in vieler Hinsicht die Vergangenheit eines anderen Landes kennenlernen. Heute ist die Vergangenheit für viele Kinder und Jugendliche, aber auch für Erwachsene in Österreich zu einem anderen Land geworden – weil die Ereignisse so weit zurück liegen, aber auch, weil vieles, das sie darüber lernen, an Orten passiert ist, die ihnen fremd sind.

Ich möchte daher heute all jenen Lehrerinnen und Lehrern gerade in den Bundesländern meine Anerkennung dafür aussprechen, was sie in der Vermittlung der Geschichte und im Bemühen um Erinnerung und Gedenken leisten. Ich freue mich in diesem Zusammenhang auch, dass die Demokratiewerkstatt des Parlaments so großen Anklang findet. Das Engagement der Lehrkörper macht vielen erst wieder deutlich, dass die Ereignisse, derer wir heute gedenken, dass der „Anschluß“ nicht nur in Wien stattgefunden hat und dass die Nazis nicht nur gleichsam von draußen kamen. Das Engagement schafft konkrete Bezugspunkte in der Lebenswelt und Umgebung vieler Menschen und weckt dadurch das Interesse an Geschichte und Politik.

Aber die Grundlage für das geschichtliche Verständnis und überhaupt für das Verstehen unseres Landes liegt viel tiefer. Es ist die Sprache. Wir Südtiroler Kinder haben damals nur Deutsch zu Hause gelernt und gesprochen. Mit dem ersten Schultag war Italienisch unsere neue Lern- und Arbeitssprache. Wir haben das hingenommen. Man muss die Sprache des Staates, in dem man lebt, lernen – und nicht mehr und nicht weniger möchte ich auch von allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, die hier geboren und freiwillig nach Österreich gekommen sind, dasselbe erwarten.

Die Generation, der ich angehöre, hat die Chance, mit den Jugendlichen von heute über die Erlebnisse von damals zu reden: nicht nur aus dem Blickwinkel historischer, sondern auch aus persönlicher Erfahrung, wie wir das als Kinder und Jugendliche erlebt haben. Wie sich viele von der Begeisterung haben mitreißen lassen und wie viele gar nicht weiter darüber nachgedacht haben, wie viele aber auch durch Zivilcourage und Wagemut geradezu

besessen waren. Lassen Sie mich nur an die zahlreichen Beispiele von Aktionen Jugendlicher in Innsbruck 1938 erinnern, die Hakenkreuz-Wimpel abgerissen und tausende Flugblätter verteilt haben, um zu zeigen, dass es Andersgesinnte gibt! Oder an Professor Franz Mair vom Staatsgymnasium Innsbruck, der von 1938 bis 1945 auch Jugendliche im Widerstand organisierte. Und ich möchte auch Christoph Probst nennen, der in Innsbruck Medizin studierte und vor 65 Jahren als Mitglied der „Weißen Rose“ hingerichtet wurde.

Lernen aus der Geschichte kann bedeuten, unser Einfühlungsvermögen zu schätzen und aufmerksam für die Entwicklungen der Zeit zu werden. Es kann heißen, den Menschen, mit denen wir zu tun haben, Respekt und Solidarität entgegenzubringen, sich einzumischen – und nicht wegzusehen, was rund um uns passiert.

Wir können aus unserer Lebenserfahrung und an den konkreten Orten, an denen wir leben, Anknüpfungspunkte für ein solches Lernen schaffen, um damit das Wissen über die Geschehnisse im Nationalsozialismus und die Geschehnisse, die dahin geführt haben, zu erweitern.

Erinnerung ist etwas Positives, wenn sie konkrete Auswirkungen hat in der Wertschätzung dafür, dass wir in einer Demokratie leben können, in unserem tatkräftigen Engagement für die Verwirklichung und Stärkung der Demokratie und in unserem Bekenntnis zu Österreich in einem vereinigten Europa!

Wir alle sind gefordert, in dem Durcheinander von Meinungen in der heutigen Zeit eine klare Stellung für die Demokratie zu beziehen. Wer etwas bewegen will, muss auch selbst etwas tun. Sich engagieren, darauf kommt es in einer Demokratie an. Unser Österreich ist mehr als eine Verwaltungseinheit, ist mehr als eine Region der EU: Es ist Bewährungsfeld für Freiheit und Menschenwürde. Es ist unser Vaterland Österreich. (*Beifall.*)

Es folgt ein Musikstück des Komponisten Roman Haubenstock-Ramati – 1. Streichtrio, 1. Satz –, dargebracht vom Streichtrio des Klangforum Wien.

Violine: Sophie Schafleitner; Viola: Petra Ackermann; Violoncello: Andreas Lindenbaum.

Ansprache des Vizekanzlers der Republik Österreich

Vizekanzler Mag. Wilhelm Molterer: Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Österreich gedenkt heute eines seiner düstersten und schmerzhaftesten Tage seiner Geschichte. Vor 70 Jahren, am 12. März 1938, wurde der Staat Österreich ausgelöscht. Die junge Republik war seit dem Jahr 1933 bedroht und eingeschüchtert – seit der Machtübernahme Adolf Hitlers in Deutschland.

Die Vorboten des „Anschlusses“ an das Deutsche Reich waren von Anfang an mangelnder Glaube an dieses Österreich, der mangelnde Glaube an die Lebensfähigkeit dieses Österreichs, die innere Zerrissenheit dieses Österreichs, die Arbeitslosigkeit, die wirtschaftliche Depression, die Pressionen von außen sowie der Terror von innen und von außen.

Am 12. März heute vor 70 Jahren sind die Grenzbalken von den bewaffneten einmarschierenden deutschen Truppen weggefeht worden. Die Österreicherinnen und Österreicher, die gejubelt haben, hat man gehört und für die aktuellen Wochenschauen in aller Welt gefilmt – und jene, die nicht gejubelt haben, die Beklemmung und Furcht verspürt haben, hat man nicht gesehen, hat man nicht gehört. Sie haben aber früher recht bekommen, als vielen lieb gewesen ist. Bereits wenige Tage später ist der erste Eisenbahnzug mit österreichischen Patrioten in das Konzentrationslager Dachau bei München gerollt.

In Wien und in anderen österreichischen Städten setzte ein Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung ein. Schon im März 1938 ist damit die Verwicklung vieler Österreicherinnen und Österreicher in die Shoah Realität geworden. Für mehr als 65 000 jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger führte sie in den folgenden Jahren in die Gaskammern von Auschwitz, Sobibór, Majdanek, Treblinka. Zahlreiche Österreicherinnen und Österreicher luden als Schergen der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie maßgebliche Verantwortung und Schuld an diesem einzigartigen Menschheitsverbrechen auf sich. Es waren nicht nur die jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, sondern auch Roma, Sinti, Homosexuelle, politisch Andersorientierte, meine Damen und Herren.

Österreich hat lange gebraucht, um sich einzugestehen, dass es nicht bloß Opfer der nationalsozialistischen Aggression war, sondern dass auch viele Österreicherinnen und Österreicher unter den Tätern gewesen sind. Sagen wir es offen und ehrlich: Viele, zu viele haben den Nationalsozialismus aktiv unterstützt oder zumindest gebilligt.

Wir sollten aber heute auch nicht die Frauen und Männer vergessen, die damals aus Patriotismus **für** Österreich eingetreten und **gegen** das Unrecht aufgetreten sind. Vergessen wir auch nicht jene über 2 000 Österreicherinnen und Österreicher, die als aktive Widerstandskämpfer zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden.

Die politische und moralische Verurteilung des Nationalsozialismus ist gesprochen. Das Niemals-Wieder ist Grundkonsens unserer Gesellschaft. Es darf aber nicht nur das Niemals-Wieder sein, sondern auch das Niemals-Vergessen muss diesen Grundkonsens stützen.

Ich bin daher glücklich, dass es heute in der Bundesregierung zum Beschluss über die Errichtung des Simon-Wiesenthal-Zentrums gekommen ist, jene Einrichtung, die uns helfen sollte, dieses Niemals-Wieder zum Niemals-Vergessen abzusichern, meine Damen und Herren.

Die Menschen, die damals das Schicksal unseres Landes gestaltet haben, sind großteils nicht mehr unter uns, aber viele von denen, die diese Zeit erleben mussten, deren Schicksal durch das, was nachhaltig ihr Leben geprägt hat, leben noch.

Viele der jungen Menschen in unserem Land fragen aber über das Was, das damals geschehen ist und über das Warum, das damals geschehen ist. Wir haben die Verpflichtung, meine Damen und Herren, gerade auch den jungen Menschen in unserem Lande begreifbar zu machen, und zwar Punkt für Punkt, was an diesem Tag aufgehört und was an diesem Tag angefangen hat: Aufgehört hat die Existenz Österreichs, angefangen hat das Terrorregime über Österreich und ganz Europa.

Wenn es aus dem Jahr 1938 so etwas wie eine zentrale Botschaft für uns gibt, dann ist es die unbedingte Pflicht zum Miteinander. Diese Pflicht zum Miteinander, meine Damen und Herren, ist eine Antwort auf die Erfahrung dieser Zeit. Es ist eine schwierige Botschaft, die nicht von vornherein einfach fällt. Die Politik ist ja auch auf Wettbewerb angelegt. Es gilt, die Menschen auf die bessere Idee, auf das notwendig Erkannte zu gewinnen. Zugleich aber ist es unsere

Verpflichtung, den Platz des anderen zu achten und die eigenen Lösungsmodelle auch mit den Augen des anderen zu sehen.

Ich sage das sehr bewusst, meine Damen und Herren: Demokratie lebt vom Wettbewerb der Ideen, aber gleichzeitig hat niemand einen dauerhaften, verbrieften Vorsprung bei der Suche nach Wahrheit.

70 Jahre sind seit dem Jahr 1938 vergangen. Ich sehe mit gewisser Sorge, dass heute dem Gegeneinander mehr Raum als dem Miteinander gewidmet wird. Oft geht es nicht um den Austausch von Argumenten, sondern oft um die Frage, wer einen Konflikt gewinnt. Dadurch entsteht ein latentes Misstrauen, ein Argwohn.

Meine Damen und Herren, diesen Verlust des gegenseitigen Grundvertrauens halte ich für eine eminente Gefahr für eine demokratische und menschliche Gesellschaft. Unsere Demokratie baut auf Grundvertrauen auf. Dieses Grundvertrauen ist daher auch die Basis für Gemeinsamkeit und für die Bewältigung der Zukunft.

Dieses Grundvertrauen war es auch, meine Damen und Herren, das die Republik Österreich nach dem Horror, der damals im Jahre 1938 begann, im Jahre 1945 wiederaufstehen ließ, dieses Grundvertrauen und die Verantwortung für die Zukunft unserer Heimat. Und die letzten 70 Jahre haben gezeigt, dass dieses Grundvertrauen und die Verantwortung für die Zukunft den Herausforderungen der Zeit standgehalten haben.

Heute leben wir in der Gewissheit, Diktatur und Krieg aus der Mitte Europas verbannt zu haben. Seien wir uns aber dessen bewusst, meine Damen und Herren, dass das keine Selbstverständlichkeit ist, sondern eine Leistung, eine große Leistung der europäischen Einigung! Das ist der Grundkonsens der europäischen Idee: Friede, Freiheit, Demokratie und Wohlstand.

Gerade im Hinblick auf Mitteleuropa hat der slowakische Historiker Jan Hadravský einmal davon gesprochen, dass mit dem „Anschluß“ 1938 das tragische Jahrzehnt schlechthin begonnen hat. Dem Ende Österreichs folgte der Zweite Weltkrieg, folgten Vertreibung, Flucht und der Tod von Millionen von Menschen. Es bedeutete das Ende jahrhundertelanger Kulturen – und es entstand ein Riss quer durch den Kontinent.

Meine Damen und Herren, vor wenigen Monaten haben wir die glückliche Fügung erleben dürfen, dass in Europa an unseren Grenzen die Grenzbalken gefallen sind. Und es ist nicht vermessen, zu sagen, dass auch dieser Tag ein Tag ist, an dem ein Teil des europäischen Traums für Millionen von Menschen Wirklichkeit geworden ist.

Wenn wir in diesem Haus, meine Damen und Herren, wenn wir im Parlament in den nächsten Wochen die Grundlage für dieses vereinigte und friedliche Europa mit dem Reformvertrag von Lissabon stärken, dann sollten wir das im Bewusstsein der historischen Erfahrung der letzten 70 Jahre tun, im Bewusstsein, dass dort, wo als Hinterlassenschaft von Nationalsozialismus und Krieg der Eiserne Vorhang jahrzehntelang den Kontinent durchschnitt hat, heute ein Europa ohne Grenzen Platz greift, dass durch das Europa der Europäischen Union wirtschaftlicher Wohlstand und demokratische Grundwerte zu den stabilen Konstanten dieses Kontinents geworden sind, dass mit der Charta der Grundrechte die Gleichheit vor dem Gesetz, europaweit einklagbare Bürgerrechte und die Würde des Ganzen, des Menschen in der Union festgeschrieben ist.

Ich bekenne mich daher sehr klar auch am heutigen Tag zu diesem Vertrag, zu dieser Versicherung gegen Krieg und Gewalt. Dieser Vertrag ist die Grundlage für mehr Mitbestimmung, für mehr Mitwirkung und für die Sicherung der Rechte der Menschen.

Diese Einigung Europas im Geiste von Frieden und Gleichberechtigung ist die Antithese zu den aggressiven Nationalismen und Ideologien jener Schattierungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Unsere Verpflichtung, meine Damen und Herren, aus dem 12. März 1938 heißt daher, das Gemeinsame in jedem Fall vor das Trennende zu stellen und als selbstbewusstes Österreich ein starkes, geeintes und friedliches Europa weiter zu bauen. (*Beifall.*)

Ansprache des Bundeskanzlers der Republik Österreich

Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer: Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der 12. März 1938 war ein tiefer und unendlich schmerzvoller Einschnitt für unser Land, obwohl er unter dem Applaus und unter der Sympathie auch vieler Österreicherinnen und Österreicher stattgefunden hat. Mit diesem Tag endete die Souveränität eines Staates, der aus den Trümmern der Monarchie hervorgegangen war, obwohl dieser Staat seit 1933 keine Demokratie mehr war.

Mit der Okkupation Österreichs wurde ein entscheidender Schritt in Richtung einer der größten Katastrophen der Weltgeschichte gesetzt. Am Ende des sogenannten Tausendjährigen Reiches, dem nun auch unser Land angehörte, waren ein beispielloser Völkermord und Millionen von Toten zu beklagen. Weite Teile Europas, der Sowjetunion und Japans lagen in Schutt und Asche.

Bewusst baut die europäische Demokratiebildung auf die kritische Auseinandersetzung mit der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und an den Holocaust auf. Der 12. März 1938 war für Österreich nicht nur der Auftakt zu einer verhängnisvollen Entwicklung. Der deutsche Einmarsch in Österreich markierte den Schlusspunkt eines tragischen Prozesses, der den Weg Österreichs zu Zeiten der Ersten Republik kennzeichnete. Da war der Zusammenbruch der Monarchie, der die Menschen zutiefst verunsicherte, der fehlende Glaube an die Zukunftschancen des kleinen österreichischen Reststaates. Anschluss-Ideen an ein demokratisches Deutschland hatten durchaus viele Gesellschaftsschichten erreicht. Ursache waren die katastrophale wirtschaftliche Lage und die Massenarbeitslosigkeit.

Hinzu kam die innere Zerrissenheit Österreichs, die in bewaffnete Auseinandersetzungen mündete und schließlich zur Ausschaltung der Demokratie 1933 und zum Bürgerkrieg führte, dann der Putschversuch der Nationalsozialisten im Jahre 1934, der zwar in einer Niederlage und mit der Ermordung des Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß endete, aber die Gefahr von dieser Seite ganz offenkundig machte; der wachsende Druck Deutschlands und das geringe Interesse anderer Staaten, dem bedrängten Österreich den Rücken zu stärken, die wachsende Begeisterung nicht weniger Menschen für Deutschland, das die Arbeitslosigkeit scheinbar wirkungsvoll bekämpfte – und die Unfähigkeit der politischen Kräfte, dem gegenüber Österreich immer drohender auftretenden NS-Regime gemeinsam Paroli zu bieten.

Das waren die Kräfte, die durchaus hausgemacht und unter dem Druck einer zunehmend hasserfüllten Atmosphäre den Niedergang der Ersten Republik beschleunigten und ihre weitgehend widerstandslose Preisgabe an das NS-Regime begünstigten.

Am verhängnisvollsten hat sich aber nach Ansicht vieler maßgeblicher Historiker die tiefe **innere Spaltung** unseres Landes ausgewirkt, die an einer Bruchlinie zwischen wachsender Verarmung und sinkendem Wohlstand verlief. Die Unfähigkeit der zerstrittenen Politiker, dieser inneren Entwicklung Einhalt zu gebieten und der äußeren Bedrohung ebenso energisch wie einig entgegenzutreten, tat ein Übriges.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Wahrnehmung vieler Menschen verschwinden die Geschicke der Ersten Republik immer mehr im Dunkel der Geschichte. Dies ist eine gefährliche Entwicklung, denn durch das schwindende Bewusstsein für das Drama der Ersten Republik droht, wichtiges Wissen verloren zu gehen. Dazu zählt etwa das Wissen um die Hintergründe der Entstehung der Sozialpartnerschaft nach 1945, der auf diese Weise auch die Unterstützung zu entgleiten droht.

Diese fast einzigartige österreichische Erfindung entstand ja nicht nur, um das Wirtschaftswachstum der Nachkriegsjahre durch klug verhandelte Lohn- und Preisabkommen in umverteilungsgerechte Bahnen zu lenken, nein, sie entstand auch aus der Erinnerung ihrer Gründerväter an jene bitteren Jahre und aus der Überzeugung, dass der Wohlstand einer Gesellschaft nicht nur einigen wenigen zu Gute kommen soll, sondern möglichst allen, die ihn auch erarbeitet haben.

Nur wenige Demokratien in Europa konnten dem autoritären und faschistischen Trend der Zwischenkriegszeit widerstehen. Unter ihnen vor allem jene, die sich immer um soziale Homogenität und um sozialen Ausgleich bemühten.

Zu diesem Wahrnehmungsverlust über die Geschichte der Ersten Republik zählt aber auch die abnehmende Erkenntnis, welche fatale Folgen die Verrohung der Sprache in der politischen Auseinandersetzung für das Dasein eines Staates haben kann.

Gerade die Geschichte der Ersten Republik zeigt, dass fehlende Toleranz für Andersdenkende tiefe Gräben aufreißen kann, dass Verbalradikalismen eine Gesellschaft spalten können. Diese Gräben können nicht nur auf Grund verschiedener politischer Auffassungen entstehen, sondern auch durch mangelnde religiöse Toleranz.

Auch wir in Österreich sind, wie die Menschen überall auf der Welt, nicht vor den Gefahren gefeit, die fanatische Fundamentalisten aufgeklärten Gesellschaften bereiten können. Es macht wenig Sinn, diesem Fanatismus mit irgendeinem großsprecherischen Rabaukentum entgegenzutreten, wie das mancherorts gepflegt wird, denn das führt letztendlich nur zu Verhetzung und Aufwiegelung. Nein, viel besser ist es, diesem Fanatismus und Radikalismus die Mittel der Aufklärung, die Mittel des kulturellen Dialogs und die Bereitschaft, anderen zuzuhören und sie ernst zu nehmen, entgegenzusetzen.

Nicht nur Wahrnehmungen, auch Begriffe ändern mit der Zeit ihre Bedeutung. Wenn wir etwa heute vom „Geist der Lagerstraße“, also von jenem in den Konzentrationslagern der Nazis geschlossenen und auf eine noch ferne Zukunft gerichteten Konsens zwischen den in der Ersten Republik verfeindeten Politikern sprechen, so tun wir das voller Respekt vor der Aufbauleistung der Generation unserer Eltern und Großeltern. Auch wenn wir heute wissen, dass diese Erfahrungen in den Konzentrationslagern nur Teile der Nachkriegseliten persönlich gemacht haben, so wurde doch dieser „Geist der Lagerstraße“ zu einem neuen politischen Programm für Österreich.

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, was leider auch oft von HistorikerInnen vergessen wird, dass es nämlich in den letzten Wochen und Tagen vor dem „Anschluß“ durchaus so etwas wie einen demokratischen Frühling gegeben hat, auf dem die Zweite Republik aufbauen konnte: Illegale Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Christlich-Soziale und Kommunisten demonstrierten gemeinsam gegen die drohende NS-Machtübernahme, die sich in manchen Bundesländern schon Ende Februar 1938 abgezeichnet hatte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind uns bewusst, welche Schwerstarbeit es bedeutet hat, dieses unser zerstörte Land wieder aufzubauen. Wir wissen, dass wir nicht nur von materiellen Schäden sprechen. Diese Schäden an Gebäuden, an der Infrastruktur,

der Industrie und der Wirtschaft, kurz an allem, was ein Leben in Sicherheit und Würde erst möglich macht, sind in historischen Abhandlungen und statistischen Aufzeichnungen dokumentiert und festgehalten. Weniger deutlich sichtbar und erst mit den Jahren wirkungsmächtig wurden hingegen die Auswirkungen der Schäden, die der **Seele** der Bewohner dieses aus den Trümmern wieder aufgebauten Österreich zugefügt worden war.

Fast neigt man der lapidaren Betrachtung zu, dass unter dem Druck der Aufbaujahre und in der unbedingten Hinwendung an eine bessere Zukunft für alle keine Zeit blieb für Fragen nach der Befindlichkeit einer Generation, die, dem Krieg entronnen, jeden Blick zurück als Behinderung der Gestaltung der gerade noch herübergeretteten Gegenwart empfand.

Es blieb der Generation der später Geborenen vorbehalten, ihren Eltern jene Fragen zu stellen, die oft als schmerzhaft und ungehörig empfunden und als Zwang zur Rechtfertigung missverstanden wurden. Und doch waren sie so notwendig, um aus der Distanz zu den Geschehnissen der Jahre 1938 bis 1945 auch den Bewegungsspielraum ermessen zu können, der dem einzelnen Individuum bleibt, wenn man über ihn hinwegschreitet, was man heute manchmal noch euphemistisch als den „großen Gang der Geschichte“ bezeichnet.

Die Fragen an die Aufbaugeneration lauteten etwa: Wo warst du damals? Was hast du getan? Oder: Was hast du nicht getan? Und oft auch: Warum hast du dies oder jenes nicht getan?

Niemandem von uns, die wir heute in einem fest verankerten demokratischen Staatswesen und in gesicherten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen leben, steht es zu, aus den Antworten auf diese Fragen ein moralisches Pauschalurteil zu fällen. Wenn wir jedoch der Ansicht zuneigen, dass die Vergangenheit nicht bewältigt werden kann, indem die Fakten, die sie ausgemacht haben, abgehakt und den Archiven des Vergessens überantwortet werden, müssen wir uns auch den unangenehmen Teilen unserer Geschichte stellen.

Kein ernst zu nehmender Historiker bestreitet heute, dass Österreich 1938 Opfer der Expansionspolitik Hitler-Deutschlands wurde. Ein guter Teil der Bevölkerung hat aber dieses Opfer, zumindest anfänglich, leichten Herzens erbracht. Viele von ihnen haben nicht nur in den letzten Stunden vor dem militärischen Anschluss für einen Anschluss von innen gesorgt, sondern auch bei den ersten symbolischen Pogromen Juden und Jüdinnen unter dem Gejohle vieler anderer gezwungen, die Anti-Anschluss-Parolen von der Straße wegzuwaschen.

Heute sollen uns diese Bilder mit Scham und Trauer erfüllen. Es stimmt auch, dass gleichzeitig zigtausende Österreicherinnen und Österreicher auch mit der Waffe in der Hand gegen das Nazi-Regime kämpften, dass Tausende in den Todeslagern ihr Leben ließen. Dies ist die eine Seite der historischen Medaille. Die andere, dunklere ist, dass viele unserer Landsleute aktiv in der Vernichtungsmaschinerie tätig waren, die von den Nazis in Gang gesetzt wurde und Millionen Menschen das Leben kostete. Es wäre falsch und würde das Leid der Opfer auf besonders perfide Weise schmälern, würde man die Schuld einzelner Täter auf das Kollektiv der gesamten Bevölkerung umwälzen. Wir haben aber – auch im Abstand von 70 Jahren – diesen Tatsachen ins Auge zu blicken: aus Respekt vor den Opfern, ebenso im Hinblick auf unsere eigene Integrität als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Keine Wiedergutmachung kann das Leid schmälern, das die Nazis unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern angetan haben. Sie wurden zu Hunderttausenden ermordet, vertrieben, wurden um ihre Heimat und um ihre materiellen Güter gebracht. Nur wenige untergetauchte Jüdinnen und Juden überlebten, unter unvorstellbaren Verhältnissen, in Wien.

Jede Restitution kann daher nur eine kleine und unbedeutende Geste sein, die das Unverzeihliche weder ungeschehen machen noch abgelten kann.

Österreich hat, beginnend mit der bahnbrechenden geschichtspolitischen Erklärung von Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky im Jahre 1991, und der Reise von Bundespräsident Dr. Thomas Klestil nach Israel nach Jahren der Versäumnis diese Geste gesetzt.

Viele Kritiker meinen, es sei reichlich spät gewesen. Auch ich bin der Meinung, dass es hätte früher geschehen müssen, und ich kann daher die Überlebenden und ihre Angehörigen nur demütig bitten, diese Geste als das anzunehmen ist, was sie ist: als geringfügige Anerkennung des Unrechts, das ihnen angetan wurde.

Meine Damen und Herren! Die Geschichte geht mit denen, die sie gemacht haben, sehr gleichgültig um. Sie verzeichnet ihre biographischen Daten und überlässt die Interpretation ihrer Taten oder Untaten der Wissenschaft. Die skeptischeren Historiker meinen, dass wir „gewöhnlich Sterblichen“ nichts von der Geschichte lernen. Trotzdem müssen wir es versuchen.

Es ist gewiss völlig unzulässig, leichtfertige Analogien zur Zeit vor 1938 mit den Geschehnissen der Zweiten Republik abzuleiten. Wir leben heute – im Gegensatz zu den Menschen damals – in einer festgefühten Demokratie, die sich ihrer Grundwerte bewusst ist und in der die Sorge um das Gemeinwohl bedeutend stärker ausgeprägt ist, als dies in den ersten Jahren der Ersten Republik der Fall war. Der soziale Frieden, in der Ersten Republik zumeist ein flüchtiger Gast, ist heute ungleich stärker ausgeprägt und das Ergebnis fleißiger Arbeit, die dem Land im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte einen bis dahin nie gesehenen Wohlstand gebracht hat.

Dennoch stimmen einige Entwicklungen der letzten Zeit auch im größeren Kontext nachdenklich. Vor allen Taten steht und stand, damals wie heute, das **Wort**. Und wir müssen uns alle eingestehen, dass wir in den letzten Monaten nicht eben sorgsam damit umgegangen sind. Auch wenn wir in Rechnung stellen, dass in der Hitze des tagespolitischen Geschäfts vorschnell ausgesprochen wird, was besser hätte etwas länger bedacht werden sollen, so meine ich, sollten wir in dieser Beziehung etwas strenger zu uns selbst sein. Wir sehen – ich wiederhole es – gerade an den dunklen Phasen unserer Geschichte, wohin die Verrohung der Sprache, die im politischen Diskurs gepflegt wird, führen kann.

Wir alle sollten uns diesbezüglich wieder etwas zurücknehmen, denn jede weitere Verschärfung der Tonart beschädigt die Glaubwürdigkeit und beschädigt das Anliegen, mit dessen bestmöglicher Verwaltung die Bürgerinnen und Bürger uns betraut haben, und das die Römer so kurz und klar als die „res publica“, also die Summe der öffentlichen Angelegenheiten beschrieben haben.

Unsere hoch entwickelte Mediengesellschaft neigt dazu, komplexe Sachverhalte der eingängigen Vermittlung wegen in simple Schwarz-Weiß-Schemata zu pressen. Wir sollten dieser Neigung nicht immer nachgeben und wieder mehr Mut zu nuancierter Darstellung finden, auch wenn dann die Botschaft vielleicht etwas länger braucht, um den Empfänger zu erreichen.

Im Sport hat der Zweikampf, die Auseinandersetzung zur Ermittlung eines Siegers und eines Besiegten sinnstiftenden Stellenwert. In der Politik sollte das aber abseits der Wahlkämpfe nicht denselben Stellenwert haben. Es wäre ein Irrtum, zu glauben, dass sich die Öffentlichkeit an politischen Zweikämpfen anhaltend ergötzt. Selbst wenn die Dramaturgen der veröffentlichten Meinung solche Inszenierungen als integralen Bestandteil ihrer

Programme auffassen, sollte die Politik der Versuchung widerstehen, permanent darin mitspielen zu wollen. Nichts ermüdet die Zuseher mehr als die Wiederholung des immer Gleichen. Die Bevölkerung erwartet von allen von uns nachvollziehbare Arbeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir aus unserer gesicherten Position eines intakten demokratischen Gemeinwesens auf die Jahre vor und nach dem 12. März 1938 blicken, so sollten wir uns nicht nur fragen, wie es zur Okkupation Österreichs und allen nachfolgenden Ereignissen kommen konnte, sondern wir sollten uns auch fragen, welche Relevanz die gesellschaftlichen Phänomene, die damals die Menschen bewegten, für uns heute haben.

Daher fällt auf einen zunehmend wachsenden Toleranzverlust, der den Erosionsprozess der Ersten Republik zusätzlich beschleunigte, ein Element, das wir nie vergessen sollten, nämlich der Verlust jeglicher Sensibilität in Bezug auf einen immer stärker aufkeimenden und rabiaten Antisemitismus.

Ich warne an diesem besonderen Tag ausdrücklich vor einer Entwicklung, die solchen überwunden geglaubten Tendenzen Vorschub leistet. Sie können nur dann hintangehalten werden, wenn wir für alle Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes Rahmenbedingungen schaffen, die ihnen nicht nur das Auskommen, sondern ein Dasein in **Würde** ermöglichen.

Wir tun gut daran, uns zu erinnern, mit welchen ambitionierten Bildungs- und Sozialprogrammen die Erste Republik begonnen hat und wo sie letztendlich geendet ist. Heute sind wir in der glücklichen Lage, von einem ungleich höheren Niveau ausgehend Maßnahmen zu setzen, die eine möglichen Spaltung unserer Gesellschaft und eine Verschärfung der sozialen Unterschiede verhindern sollen.

Wir müssen darauf achten, dass die soziale Balance, die unser Land über Jahrzehnte gekennzeichnet hat, nicht ins Schwanken gerät, und gezielt jenen unter die Arme greifen, die an die Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten gelangt sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der große amerikanische Präsident Abraham Lincoln hat einmal sinngemäß gesagt, dass ein in sich geteiltes Haus nicht bestehen kann. Österreich hat das vor 70 Jahren in einem Ausmaß zu spüren bekommen, das sich damals kein Mensch vorstellen konnte – und das sich heute kein vernünftig Denkender mehr zurückwünschen kann.

Lassen Sie uns in der Arbeit für unser Land darauf achten, dass unseren Kindern und Kindeskindern nie wieder solche Prüfungen auferlegt werden, wie sie unsere Eltern und Großeltern ertragen mussten!

Meine Damen und Herren! Der 12. März 1938 hält nach wie vor wichtige Lehren für uns parat. Und dazu gehört die Erkenntnis, welches Unheil durch fehlende Toleranz und fehlende Dialogbereitschaft entstehen kann. Geben wir daher den Versuch, aus der Geschichte zu lernen, nicht auf, denn nur eine offene, eine demokratische Gesellschaft, die allen Bürgerinnen und Bürgern die gleichen Chancen einräumt, wird immun sein gegenüber allen Versuchungen des Totalitarismus. *(Beifall.)*

Es folgt ein weiteres Musikstück des Komponisten Roman Haubenstock-Ramati – 1. Streichtrio, 2. und 3. Satz –, dargebracht vom Streichtrio des Klangforum Wien.

Violine: Sophie Schafleitner; Viola: Petra Ackermann; Violoncello: Andreas Lindenbaum.

Ansprache des Bundespräsidenten der Republik Österreich

Bundespräsident Dr. Heinz Fischer: Hoch geschätztes Präsidium! Exzellenzen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns heute in diesem traditionsreichen Reichsratssitzungssaal des österreichischen Parlaments versammelt, weil es auf den Tag genau 70 Jahre her ist, dass sich in unserem Heimatland Österreich Ereignisse von größter Dramatik und von enormer politischer Tragweite abgespielt haben.

Vorgestern vor 70 Jahren – am 10. März 1938 – gab es die in Form eines Ultimatums gestellte Forderung von Hitler und Göring an den österreichischen Bundeskanzler Dr. Schuschnigg, dieser möge zurücktreten und dem Nationalsozialisten Dr. Seyß-Inquart als neuem Bundeskanzler Platz machen; darüber hinaus müsse die für den 13. März anberaumte Volksabstimmung über den Fortbestand eines selbständigen, freien Österreich abgesagt werden.

Es folgte der dramatische 11. März 1938, an dem der Druck auf den Bundespräsidenten und den Bundeskanzler von Stunde zu Stunde erhöht wurde und die Drohungen immer weiter verschärft wurden. Schließlich erfolgte um 19.50 Uhr die Rundfunkrede von Bundeskanzler Schuschnigg mit den historischen Worten: „Wir weichen der Gewalt“ und mit einem abschließendem „Gott schütze Österreich“. Dann trat der Bundeskanzler zurück und der Nationalsozialist Seyß-Inquart wurde sein Nachfolger.

Aber das Eingehen auf die Forderungen des Ultimatums konnte Hitler von seinen Plänen nicht abbringen. Er ließ die Deutsche Wehrmacht heute vor 70 Jahren in Österreich einmarschieren und am 13. März 1938 war der sogenannte Anschluß de facto vollzogen, Österreich versinkt in einem Meer von Hakenkreuz-Fahnen und hört zu existieren auf.

Am 15. März 1938 gab es die traurig-berühmte Jubelkundgebung auf dem Heldenplatz, wo der Diktator „vor der Geschichte“ mit sich überschlagender Stimme den „Eintritt seiner Heimat Österreich in das Deutsche Reich“ verkündete.

Das Haus, in dem wir uns jetzt befinden, unser Parlament, wurde zum „Gauhaus“ und diente als Sitz der NSDAP des Reichsgaues Wien mit der Adresse „Josef-Bürckel-Ring Nummer 3“. Die Verhaftungsmaschinerie wurde in Gang gesetzt. Die Judenverfolgung begann, die sich dann bis zur Schoah gesteigert hat.

Meine Damen und Herren! Wenn man heute Bilder jener Tage betrachtet, stockt einem der Atem. Und immer wieder wurde in der Zweiten Republik die berühmte Frage diskutiert, die auch schon heute in den Raum gestellt und erörtert wurde: Hat vor 70 Jahren der Überfall eines zu allem entschlossenen, gewaltbereiten Diktators auf ein wehrloses Volk stattgefunden, das somit zum ersten Opfer Hitlers wurde? Oder hat im März 1938 der letzte und leider von vielen bejubelte Schritt einer monatelangen, ja jahrelangen Entwicklung stattgefunden? Einer Entwicklung, die nach der Machtübernahme von Adolf Hitler in Deutschland im Jänner 1933 und aufgrund der Verhältnisse in Österreich zu einer verhängnisvollen Stärkung der nationalsozialistischen Bewegung und auch zu einer wachsenden kritiklosen Bewunderung für den sogenannten Führer geführt hat.

Unsere Antwort heute, denke ich, muss lauten: sowohl als auch.

Der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich war eindeutig eine militärische Aggression eines wortbrüchigen Diktators. Österreich war völkerrechtlich Opfer dieser Aggression. Dass Mexiko als einziges Land so eindeutig beim Völkerbund gegen diesen Bruch des Völkerrechts protestiert hat, ist in Österreich bis heute unvergessen.

Aber diese Aktion beziehungsweise Aggression wurde dem Diktator erleichtert, vielleicht in dieser Form überhaupt erst ermöglicht, weil es in Österreich eine beträchtliche Anzahl fanatischer Nationalsozialisten gab. Dazu kam eine noch viel größere Zahl von Sympathisanten, die nicht nur den einmarschierenden deutschen Truppen zujubelten und Hitler an dem schon erwähnten 15. März auf dem übervollen Heldenplatz einen begeisterten Empfang bereiteten, sondern in ganz Österreich durch Fahnen et cetera zum Ausdruck brachten, welche Hoffnungen sie in das sogenannte Dritte Reich setzten.

Die anderen, die entsetzt waren, die wussten oder ahnten, dass sie zu Opfern dieser Entwicklung werden würden, die den Krieg voraussahen, die zu fliehen versuchten, die verhaftet oder in den Selbstmord getrieben wurden, gab es auch, und zwar in sehr großer Zahl, aber man sah sie damals nicht, konnte sie nicht sehen und viele von ihnen überlebten auch nicht.

Mit anderen Worten: In den Tagen des sogenannten Anschlusses gab es nicht nur den nach außen sichtbaren Jubel, sondern auch Entsetzen und Abscheu. Und vom ersten Tag an gab es Opfer **und** Täter.

Der sogenannte Anschluß kam eben nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel zustande, sondern hatte seine Wurzeln. Am stärksten haben wohl die unversöhnlichen Gegensätze zwischen den politischen und ideologischen Lagern in der Ersten Republik, die wirtschaftliche Not, die entsetzliche Arbeitslosigkeit, die Perspektivlosigkeit, der Untergang von Parlamentarismus und Demokratie, aber auch der mangelnde Glaube, an eine gute Zukunft für Österreich zu dieser Entwicklung beigetragen.

Ich meine, man kann das Phänomen des Jubels auf dem Heldenplatz nur einigermaßen verstehen, wenn man sich auch mit den Ereignissen **vor** 1938 ehrlich auseinandersetzt. Daher würde ich mir wünschen, den beträchtlichen zeitlichen Abstand von 70 und mehr Jahren, der uns heute von diesen Ereignissen trennt, zu nutzen, um ohne Selbstgerechtigkeit und im Bemühen um wirkliche Objektivität auch die Aufarbeitung der Periode vor dem sogenannten Anschluß, also der Jahre vor 1938, verstärkt in Angriff zu nehmen.

Ich denke, dass man auch über bis heute immer noch umstrittene Persönlichkeiten und über sehr heikle Phasen unserer Geschichte in vernünftiger Weise diskutieren und Brücken zwischen unterschiedlichen Auffassungen bauen kann und bauen **soll**.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Brücken bauen im Lichte historischer Erfahrungen ist meines Erachtens überhaupt eine der wichtigsten Aufgaben der Politik.

Der Erfolg unserer Zweiten Republik und die mehr als sechs Jahrzehnte einer friedlichen, guten Entwicklung beruhen ja nicht zuletzt darauf, dass wir nach 1945 mehrere Baumeister und Brückenbauer in entscheidenden Positionen unseres Landes, in der Regierung, im Parlament und auch bei den Sozialpartnern hatten, und dass in der Zweiten Republik auf diese Art – im Unterschied zur Ersten Republik – viele solcher Brücken gebaut werden konnten.

Die wichtigste Eigenschaft für den politischen Brückenbau ist wohl, dass man weiß, was seinem Gegenüber, seinem Partner und auch seinem Gegner zugemutet werden kann. Das

ist nicht nur eine Erfahrung aus der Vergangenheit, sondern auch eine Lehre für Gegenwart und Zukunft. Das Augenmaß für das Zumutbare ist in einer politischen Partnerschaft, ja überhaupt in der Politik, von zentraler Bedeutung.

Meine Damen und Herren! Heute, 70 Jahre nach dem März 1938 und fast 63 Jahre nach Kriegsende, ist Österreich für uns ein wunderbares, ein beneidenswertes Land. Kein fehlerloses Land – denn das gibt es nicht, weil es auch keine fehlerlosen Menschen gibt –, aber ein Land, das in vielen Bereichen hervorragende Leistungen vollbringt, das sich einen geachteten Platz in Europa und in der Welt erarbeitet hat. Es ist ein Land, auf das wir alle stolz sein können.

Wenn es derzeit dennoch auch politisches Unbehagen gibt, dann müssen wir uns damit ernsthaft auseinandersetzen und an der Beseitigung der Ursachen arbeiten, weil wir doch alle verhindern wollen, dass das Unbehagen in Bezug auf den Umgang mit bestimmten Problemen oder Fragen zu einem Unbehagen gegenüber der Demokratie schlechthin werden könnte.

Am besten wird uns dies durch gute Arbeit und durch überzeugende Leistungen gelingen. Wir sollten weniger Energie für Konflikte und Konfrontation verwenden, weil man dann mehr Energie für konstruktive Arbeit zur Verfügung hat.

Gerade der Blick in die Vergangenheit, den wir heute gemeinsam versuchen und versucht haben, wird uns darin sicher bestärken. Der Blick in die Vergangenheit zeigt aber auch, dass die Diktaturen letzten Endes gescheitert sind – nicht nur die NS-Diktatur – und dass die **Demokratie** Kraft hat, lebt und überlebt, zurzeit zum Beispiel in sämtlichen Ländern der Europäischen Union.

Daraus dürfen wir Zuversicht für die Zukunft Österreichs schöpfen, für eine gute Zukunft Österreichs, auch für die Zukunft Europas, für ein Europa des Friedens und der Demokratie, das wir gemeinsam weiterbauen wollen. – Ich danke Ihnen. (*Beifall.*)

(Das Streichtrio des Klangforum Wien intoniert die Bundeshymne, die von den Anwesenden stehend mitgesungen wird.)

Schluss der Gedenksitzung: 12.18 Uhr